



**Projektland: Namibia**

**Quartal/Jahr: Januar bis März 2010**

### **Schlagzeilen**

- Gericht weist Wahlanfechtungsklage wegen Formfehler ab
- Ausgabenorientierter Haushalt unter dem Eindruck der globalen Wirtschaftskrise
- Deutlicher Rückgang der Einnahmen aus der SACU (Zollunion)
- Regierung will Beschäftigung minderqualifizierter Ausländer reduzieren
- Hifikepunyu als wiedergewählter Präsident vereidigt
- Nahas Angula bleibt Premierminister
- Neues Kabinett ernannt – keine Überraschungen
- Knapp 9.000 sogenannte „Struggle Kids“ (Kinder von Kriegsveteranen) registriert

## Kennzahlen

		Jahr
Einwohnerzahl geschätzt	ca. 2,1 Mio.	2008
Bevölkerungswachstum geschätzt	1,25 %	2008
Pro-Kopf-Einkommen (IMF Schätzung)	US \$ 3.671	2008
PPP (IMF Schätzung)	US \$ 5.250	2008
Haushaltsdefizit (Ziel < 5,0%)	7,1 %	2010/11
Staatsverschuldung in % des BIP (Ziel 30%)	20,0 %	2010/11
Inflationsrate	6,3 %	Feb 10
Reprorate	7,0 %	März 10
Staatsanteil bei den Ausgaben in % des BIP (Ziel 30%)	22,8 %	2010/11
Staatsanteil bei den Einnahmen	32,3 %	2010/11
HDI	0,63	2008/09
Ginikoeffizient	0,60	2008
Global Competitiveness Index	74	2009
Corruption Perception Index	4,5	2009
Zusammensetzung BIP		2006
- Primärbereich	18 %	
- Sekundärbereich	21 %	
- Tertiärbereich	60 %	

## Politik

Die Ende November 2009 durchgeführten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen bestimmten auch im ersten Quartal das politische Geschehen. Die notwendigen Unterlagen für die Wahlanfechtungsklage von neun Oppositionsparteien gegen die „Electoral Commission of Namibia“ (ECN) wurden am 4. Januar 2010 eingereicht. Dabei wurden dreizehn Unregelmäßigkeiten aufgeführt.

Die Wichtigsten sind:

- nur geringe Veröffentlichung der Wahlergebnisse in den Wahllokalen
- Teilnahme von insgesamt 19 000 nicht registrierten Wählern
- Rund 58 000 „Ghost voters“ sind registriert, meist als Doppelregistrierungen
- Etwa 30 000 nicht registrierte Wahlzettel wurden gefunden
- Wahlteilnahme von über 100 Prozent in vielen Wahlkreisen

Eine detaillierte Liste der in der Klage genannten Unregelmäßigkeiten findet man unter <http://www.newera.com.na/article.php?articleid=9365>.

Die klagenden Parteien forderten nun die Annullierung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, worauf SWAPO-Generalsekretärin Pendukeni Iivula-Ithana erklärte, dass die SWAPO jedes Gerichtsurteil akzeptiere und zu Neuwahlen bereit wäre. Gleichzeitig jedoch beschimpfte sie die Oppositionsparteien, deren „Unterstützer“ (die angeblich europäisch geprägten Medien), sowie die ECN, die als „Feiglinge“ abgestempelt wurden, weil diese den Forderungen der Oppositionsparteien nachgab.

Die unterlegenen Oppositionsparteien ließen verlauten, dass sie durch die Manipulationen mindestens elf Sitze verloren haben.

Das Obergericht entschied am 4. März 2010, dass die Klage aus formalen Gründen abgewiesen wird. Die klagenden Parteien hätten ihre Antragsunterlagen am 4. Januar erst um 16.30 Uhr eingereicht, die Frist wäre 15.00 Uhr gewesen. Die Kläger erklärten dazu, dass ihnen diese Fristverlängerung von dem zuständigen Gerichtsbeamten gewährt wurde.

Sie reichten daraufhin eine erneute Klage ein, über die Ende Mai entschieden werden soll. Inzwischen wurden wie in den Jahren zuvor, die neuen Abgeordneten und der wiedergewählte Präsident Pohamba zum Unabhängigkeitstag vereidigt. Elf Abgeordnete der Opposition ließen sich wegen der noch nicht entschiedenen Klage nicht vereidigen. Da die regierende SWAPO im gegenwärtigen Parlament über eine ausreichende Mehrheit verfügt, konnte die Regierungsbildung durchgeführt und die neue Regierung ernannt und vereidigt werden.

So wartet man jetzt auf das Gerichtsurteil.

Eine sehr fragwürdige Rolle bei den Wahlen spielte die ECN, die offensichtlich ihrer Aufgabe nicht gewachsen war. Aktuelle und umfangreiche Informationen zu den Wahlen gibt es auf der von der HSS finanzierten Website <http://www.electionwatch.org.na> des „Institute for Public Policy Research“.

Sozusagen als Nachschlag zu den Wahlen wurden deutsche Organisationen wegen angeblicher Unterstützung der Opposition und Einflußnahme auf die Politik von Regierung, regierender SWAPO und den Gewerkschaften heftig attackiert.

Am Unabhängigkeitstag stellte dann der neu vereidigte Präsident Pohamba das neue Kabinett vor.

Die Regierung nutzte nicht die Chance, das nach Ansicht von politischen Beobachtern viel zu große Kabinett zu verkleinern. Premierminister bleibt Nahas Angula. Da entsprechend der namibischen Verfassung Premierminister, Minister und Vizeminister aus den Reihen der Parlamentarier kommen müssen, kann das Parlament mit 72 Abgeordneten kaum den verfassungsgemäßen Aufgaben nachkommen, das Kabinett mit 45 Mitgliedern zu kontrollieren. Eine Besonderheit der namibischen Verfassung ermöglicht es dem namibischen Präsidenten, sechs Abgeordnete mit sehr eingeschränktem Stimmrecht zu ernennen, diese sind dann aber ministrabel.

Das neue Kabinett steht unter dem Zeichen der Kontinuität, bewährte Kabinettsmitglieder wurden wiederernannt, frei gewordene Posten (nicht wiedergewählte Abgeordnete) wurden durch aufstrebende Politiker besetzt. Hinzu kamen einige Umbesetzungen.

Interessant sind eigentlich nur einige Personalien. Ehemals Marco Hausiku, langjähriger Außenminister, wurde stellvertretender Premierminister, Utoni Nujoma, Sohn des ehemaligen Präsidenten, wurde vom stellvertretenden Justizminister zum neuen Außenminister befördert. Kalle Schlettwein, wurde im Finanzministerium vom Staatssekretär zum Vizeminister ernannt. Das sehr schwierige Erziehungsministerium erhält mit Dr. Abraham Iyambo einen neuen Ressortchef.

Etwas überraschend war die Ernennung des bisherigen Gouverneurs der Zentralbank, Tom Alweendo, zum neuen Direktor der Nationalen Planungskommission.

## **Wirtschaft**

Traditionell wird im ersten Quartal der neue Haushalt vorgestellt. Wegen der globalen

Wirtschaftskrise und dem deutlichen Rückgang der Einnahmen aus der Mitgliedschaft aus der Zollunion SACU war es ungewiss, wie die Regierung auf diese Herausforderungen reagieren würde.

Die Regierung verabschiedete strengere Kontrollgesetze für den Banksektor, dabei steht auch die Regulierung der hohen Bankgebühren auf der Agenda.

Finanzministerin Saara Kuugongelwa-Amadhila präsentierte Ende März einen Haushalt, der die Entwicklung des Landes in den Vordergrund stellt. Der Auftrag von „Vision 2030“, Namibia dann auf den Stand einer Industrienation gebracht zu haben, kann nur mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 5 - 6% erreicht werden, so die Ministerin.

Demnach werden die Ausgaben von knapp N\$ 25 Mrd. auf N\$ 28,9 Milliarden. steigen.

Dem gegenüber fallen die Einnahmen um fast 9 Prozent auf N\$ 22,5 Milliarden, das ergibt ein Rekorddefizit von 7,1 Prozent des BIP. Entscheidend für diesen Rückgang sind die gegenüber dem Vorjahr um 47 Prozent zurückgehenden Einnahmen aus der SACU, diese gingen bereits von 2008/09 auf 2009/10 von N\$ 8,5 Milliarden. auf N\$ 6,4 Milliarden. zurück.

Die Regierung erwägt Steuererhöhungen bei den Minen sowie eine Umweltabgabe. Im Gegensatz zum HH-Jahr 2009/10 gibt es dieses Mal keinerlei Steuersenkungen für die Bürger. Die Steuern auf Zigaretten und Alkohol sind wegen veränderter Zollbestimmungen bereits im Februar um 8 – 16 Prozent gestiegen.

Die Staatsrente für Pensionäre über 60 Jahre soll von N\$ 450 auf N\$ 500 erhöht werden. Begrüßt wurde der Anstieg der Investitionsausgaben von N\$ 4,4 Milliarden. auf N\$ 5,2 Milliarden, dieser sollte aber möglichst schnell umgesetzt werden, um den Arbeitsmarkt zu beleben.

Die Regierung hat vor Jahren das System der mittelfristigen Finanzplanung für die nächsten drei Jahre eingeführt. Entsprechend dieser Planung soll sich das HH-Defizit in den nächsten drei Jahren bei jeweils 6,6% einpendeln. Allerdings zeigte sich in den letzten Jahren, dass das HH-Defizit jeweils geringer war als geplant. So beträgt dieses für 2009/2010 tatsächlich nur 2 Prozent statt der ursprünglich angesetzten 5,2 Prozent.

Den größten Anteil bei den Ausgaben haben traditionell Gesundheit, Bildung und Soziales. Auffällig ist der seit Jahren zu beobachtende Anstieg der Militärausgaben, die sich ab 2003 vervierfacht haben. Auch werden die Ausgaben zur Wirtschaftsförderung deutlich erhöht. Die Personalkosten bleiben unverändert bei rund 40 Prozent Für Zinszahlungen werden 5,7 Prozent der Ausgaben verwendet.

Die Staatsverschuldung soll in den nächsten drei Jahren bei etwas über 25Prozent des BIP gehalten werden. Dafür werden etwas über 8 Prozent der Ausgaben als Finanzierungskosten in den nächsten drei Jahren anfallen.

## Haushaltsentwurf für 2010/2011

Haushalts-Posten	Ressort	2010/2011 in Mio. N\$	2009/2010 in Mio. N\$
01	Kanzlei des Präsidenten	360,4	356,3
02	Büro des Premiers	164,5	293,5
03	Nationalversammlung	117,5	107,2
04	Generalbuchprüfer	52,9	35,7
05	Zivilangelegenheiten/Inneres	174,3	152,8
06	Polizei	1 890,5	1 427,5
07	Auswärtiges	505,5	388,6
08	Verteidigung	3 014,8	2 598,4
09	Finanzen	2 650,4	3 904,1
10	Erziehung und Bildung	6 476,4	5 374,9
11	Nationalrat	51,0	45,0
12	Frauenangelegenheiten und Kinderfürsorge	521,7	298,3
13	Gesundheit und Sozialfürsorge	2 593,0	2 414,6
14	Arbeit und soziale Wohlfahrt	1 140,2	1 036,2
15	Bergbau und Energie	177,2	163,5
16	Justiz, Ombudsperson	326,7	290,6
17	Regional- und Kommunalverwaltung und Wohnungsbau	958,7	430,9
18	Umwelt und Tourismus	347,9	305,7
19	Handel und Industrie	490,7	344,7
20	Landwirtschaft, Wasserbau und Forstwirtschaft	1 518,7	1 218,8
21	Strafvollzug und Resozialisierung	419,5	341,7
22	Fischerei und Meeresressourcen	322,2	257,7
23	Abteilung für Öffentliche Arbeiten (MWTC)	462,9	481,4
24	Abteilung für Transport (MWTC)	1 308,8	1 398,2
25	Ländereien, Neusiedlung u. Rehabilitierung	190,2	174,3
26	Nationale Planungskommission	134,0	98,5
27	Jugend, Nationaldienst, Sport und Kultur	459,3	380,3
28	Wahlkommission	182,0	180,0
29	Information, Rundfunk und Infotechnologie	251,5	234,8
30	Anti-Korruptionskommission	36,8	27,0
31	Kriegsveteranen	274,5	273,4
<b>Gesamtausgaben</b>		<b>27 574,6</b>	<b>25 034,7</b>

Quelle: Allgemeine Zeitung

Grundsätzlich wurde der Haushaltsentwurf vom Privatsektor und anderen Akteuren als der Weg in die richtige Richtung gesehen.

Die Landsteuer brachte 2009 N\$ 20 Millionen. in die Staatskasse.

Rössing, die größte und älteste Uranmine im Lande gab für 2009 einen Umsatzrückgang um 44 Prozent bekannt.

Eine große Wirtschaftsdelegation aus China besuchte Namibia.

### Soziales

Die Zahl der Arbeitslosen ist trotz Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren drastisch auf jetzt 51,2 Prozent (2003: 33,8 Prozent) gestiegen.

Die Regierung will zukünftig von ausländischen Firmen verlangen, dass möglichst viele Arbeiten – vor allem unqualifizierte und minderqualifizierte - von Namibiern durchgeführt werden.

Die Regierung will mit einem neuen Gesetz das Verbot von Leiharbeit durchsetzen, nachdem die Gerichte letztes Jahr ein entsprechendes Gesetz als ungültig erklärt haben.

Mit einem weiteren Gesetz soll die „Bank of Namibia“ gegen die hohen Bankgebühren vorgehen können, die vor allem die Menschen mit geringem Einkommen treffen.

Die Regierung hat die Registrierung von insgesamt 8.893 sogenannter „Struggle Kids“ beendet. Diese Kinder von ehemaligen Kriegsveteranen, die meist vor der Unabhängigkeit geboren wurden, verlangen seit Jahren eine besondere Förderung. Die Regierung will diese nun besonders unterstützen, dabei sollen aber die anderen Namibier nicht benachteiligt werden.

Das Gesetz zur Reduzierung der Mehrwertsteuer für Milch und Zucker ist endgültig verabschiedet.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ  
AUTOR: WOLFGANG KLEINE  
REDAKTION: TINA ICKS  
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –  
E-MAIL: [GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE](mailto:GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE) – HOMEPAGE: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)  
ERSTELLT AM 31.MÄRZ 2010  
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.:+49 (0)89 1258-359